

## Tabellenerklärung:

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – <sup>b</sup> Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuß; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und am Programm JUMP+ sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); durch PSA betreute Personen, durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen; geförderte Selbständige (Überbrückungsgeld, Ich-AGs“, Gründungszuschuß, Einstiegsgeld – Variante Selbständigkeit); Entgeltsicherung für Ältere. – <sup>c</sup> Einschließlich traditioneller Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – <sup>d</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>e</sup> Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>f</sup> Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – <sup>g</sup> Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden. Bei den Offenen Stellen insgesamt wird Berlin-Ost zu Ostdeutschland und Berlin-West zu Westdeutschland gezählt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: August 2006); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

## Anmerkungen:

Mit dem Dritten Gesetz für Moderne Dienstleistungen, das seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, wurde der § 16 des SGB III ergänzt. Danach gelten alle Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos. Dies entspricht grundsätzlich der bisher angewandten Praxis. Eine Änderung ergibt sich allein für die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die bisher auch während der Dauer der Maßnahme als arbeitslos gezählt wurden. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH wird die Zahl dieser Personen separat als eine Form der Unterbeschäftigung (Zeile 18) erfaßt.

Ab dem vierten Quartal 2004 werden durch die Bundesagentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern und anderen regionalen Beschäftigungsträgern für Arbeitslose zusätzliche 1-Euro-Jobs angeboten. Die Personen mit einem 1-Euro-Job werden nicht mehr als arbeitslos registriert und gelten als beschäftigt. Sie sind damit in der IWH-Arbeitsmarktbilanz in den Größen „Erwerbstätige“ und „Sonstige Unterbeschäftigte“ enthalten.

## Polen: Gute Konjunktur trotz politischer Unsicherheiten

Die wirtschaftliche Lage in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern wird vom IWH in regelmäßigen Abständen analysiert, insbesondere unter dem Fokus der Konvergenzbestrebungen dieser Länder im Rahmen der erweiterten EU. Polen als größtem unter den neuen Mitgliedsländern kommt hierbei wegen seines wirtschaftlichen Gewichts innerhalb der Region besonderes Augenmerk zu. Aktuell steht das Land außerdem aufgrund der skeptischen Haltung der derzeitigen Regierung zu wichtigen europapolitischen Fragestellungen im öffentlichen Interesse. Dazu zählt auch die Übernahme des Euro, zu der Polen sich mittelfristig mit dem EU-Beitritt verpflichtet hat.

Die wirtschaftliche Dynamik hat sich in Polen in diesem Jahr weiter kräftig beschleunigt, nachdem sie sich im vergangenen Jahr von einer konjunkturellen Delle schrittweise erholt hatte. Schon im Laufe des zweiten Halbjahres 2005 war es zu einer spürbaren Belebung der Wirtschaft gekommen. Träger waren die Industrieproduktion, insbesondere der Maschinenbau, die einen kräftigen Anstieg zu verzeichnen hatte, aber vor allem auch das Baugewerbe, das erstmals seit Jahren wieder mit

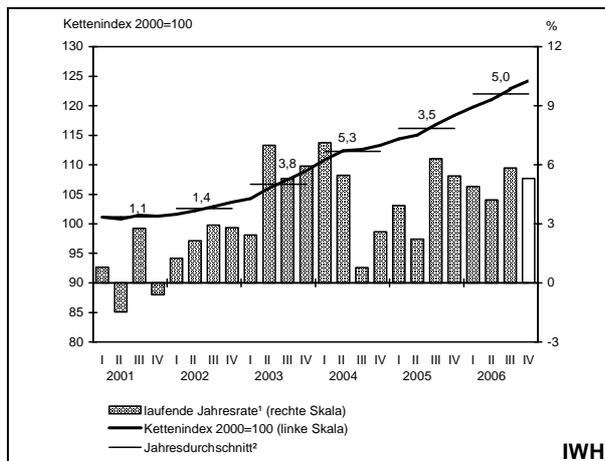
hohen, zweistelligen Zuwachsraten expandierte. Diese Belebung hat sich in den Folgemonaten seit Beginn des Jahres weiter verstärkt.

Stimuliert wurde die wirtschaftliche Expansion vor allem von der Binnennachfrage. Insbesondere der private Konsum nahm beschleunigt zu, während er noch im Vorjahr stagnierte. Dazu trugen die deutlich gestiegenen Realeinkommen bei. Die wachsende Beschäftigung, höhere Reallöhne und eine entsprechende Anpassung der Sozialleistungen an die Lohnsteigerungen wirkten sich hier aus.<sup>4</sup> Zudem nahmen die Kreditausreichungen der Banken an private Haushalte zu. Der Einzelhandel stieg mit zweistelligen Raten, die Inflationsrate blieb sehr niedrig.

Für die kräftig gestiegene Dynamik der Investitionen war vor allem die anhaltend günstige Lage im Unternehmenssektor ausschlaggebend. Ähnlich wie schon in der zweiten Hälfte des vergangenen

<sup>4</sup> Der Anstieg der Beschäftigung im Unternehmensbereich betrug zwischen Januar und Oktober 2006 im Vergleich zum Vorjahr 2,8%. Die durchschnittlichen Reallöhne stiegen zwischen Januar und September um 4,1%. Vgl. Główny Urząd Statystyczny, Biuletyn Statystyczny, 10/2006, Warszawa, S. 56 und 29.

Abbildung 1:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Polen  
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – <sup>2</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Amt Polen, 4. Quartal 2006: Prognose des IWH; Berechnungen des IWH.

Jahres verzeichneten die Unternehmen in diesem Jahr eine deutliche Verbesserung der Gewinnsituation sowie eine hohe Liquidität. Offensichtlich ist das Vertrauen der Wirtschaftsakteure in einen anhaltenden Konjunkturaufschwung ungeachtet politischer Unsicherheiten weiter gestiegen. Die Unternehmensinvestitionen wurden überwiegend aus Eigenmitteln finanziert. Die gestiegene Nachfrage nach polnischen Erzeugnissen auch aus dem Ausland sorgte für ausgelastete Produktionskapazitäten und eine zunehmende Beschäftigung.<sup>5</sup> Neben einer Ausweitung der Investitionstätigkeit führte die verbesserte finanzielle Lage auch zu einem Anstieg der Bankeinlagen. Außerdem wurden Investitionen verstärkt aus Krediten finanziert, worauf die beschleunigt gestiegene Verschuldung bei den Banken hinweist.<sup>6</sup> Diese Entwicklungen lassen künftig eine weitere Verstärkung der Unternehmensinvestitionen erwarten.

Der Beitrag der Außenwirtschaft zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts nahm hingegen in diesem Jahr aufgrund der wieder stärker wachsenden Importe ab.

<sup>5</sup> Das geht aus den Umfragen hervor, die das Statistische Amt regelmäßig bei Unternehmen durchführt. Vgl. [http://www.stat.gov.pl/dane\\_spolgosp/prod\\_bud\\_inw/koniu\\_przem\\_bud\\_hand/2006/10/10.pdf](http://www.stat.gov.pl/dane_spolgosp/prod_bud_inw/koniu_przem_bud_hand/2006/10/10.pdf)

<sup>6</sup> Im Unterschied zu früheren Jahren verschulden sich Unternehmen verstärkt in einheimischer Währung, bei Fremdwährungen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Vgl. NBP: Raport o inflacji-pazdziernik, Warszawa 2006, S. 55 f.

Tabelle 1:  
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung für Polen  
in den Jahren 2004 bis 2007

	2004	2005	2006	2007
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Bruttoinlandsprodukt	5,4	3,4	5,2	4,9
Private Konsumausgaben	4,3	1,8	4,8	2,5
Staatskonsum	3,1	5,3	4,0	1,8
Anlageinvestitionen	6,4	6,5	11,5	13,0
Exporte	14,0	8,0	13,0	11,0
Importe	15,2	4,7	13,0	12,0
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	3,5	2,1	1,2	2,2
	in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	19,0	17,8	14,5	13,0

<sup>a</sup> Arbeitslosenquote. Jahresdurchschnitte, nationale Statistik nach ILO-Methode.

Quellen: Statistisches Amt Polen; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

Tabelle 2:  
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg  
des realen Bruttoinlandsprodukts  
- in Prozentpunkten -

	2004	2005	2006	2007
Konsumausgaben	3,3	2,2	3,4	2,7
Private Haushalte	2,8	1,3	2,6	2,0
Staat	0,5	0,8	0,8	0,7
Anlageinvestitionen	1,1	1,2	1,8	2,2
Inlandsnachfrage	6,1	2,3	4,9	4,9
Außenbeitrag	-0,8	1,2	0,3	0,0
Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	5,3	3,4	5,2	4,9

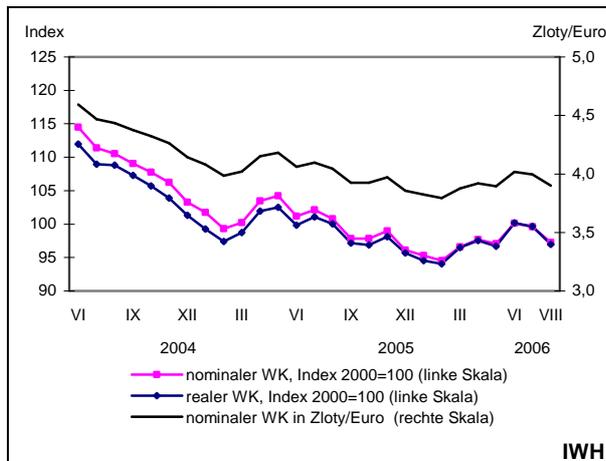
<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Amt Polen; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

### **Höhere Importe vergrößern Handelsbilanzdefizit, Leistungsbilanz verschlechtert sich leicht**

Die deutliche Aufhellung der europäischen Konjunktur gegen Ende vergangenen Jahres schlug sich auch in der Außenhandeltätigkeit Polens nieder. Während sich im vergangenen Jahr die Entwicklung der Exporte und Importe zunächst deutlich abgeflacht hatte, zogen sie im zweiten Halbjahr wieder an. Die Importe legten angesichts der steigenden Konsum- und Investitionsgüternachfrage kräftig zu. Die Exporte sind vor allem mit der zum Jahresbeginn wieder zunehmenden ausländischen Nachfrage rege gewachsen. Überdurchschnittlich entwickelten sich die Ausfuhren in die osteuropäischen Länder außerhalb der EU, darunter

Abbildung 2:  
Wechselkurs des Zloty gegenüber dem Euro  
- Juni 2004 bis August 2006, Durchschnitt 2000 = 100 -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

insbesondere in die Ukraine (+158%). Der Anteil Deutschlands als größtem Handelspartner an den Gesamtausfuhren blieb nahezu unverändert. Die Ausfuhren insgesamt stiegen auf Eurobasis in den ersten neun Monaten 2006 um 23,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Hierzu trug einerseits die Wechselkursentwicklung bei. Der nominale und reale Kurs des Zloty, der in den Jahren 2004 und 2005 insgesamt stark aufgewertet hatte, schwächte sich zuletzt ab. Möglicherweise können sich hierin Unsicherheiten über den allgemeinen Kurs der Regierung, ihre Europa-Politik und speziell hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung zeigen.

Andererseits spiegelt sich in der Exportentwicklung aber auch die günstige Wettbewerbsposition der polnischen Anbieter wider.<sup>7</sup>

Die Beschleunigung des Importanstiegs um nahezu zehn Prozentpunkte auf 22% gegenüber 2005 fiel deutlich stärker aus als bei den Exporten. Die größten Zuwächse gab es bei den Importen aus Rußland und China, die Einfuhren stiegen hier doppelt bzw. dreimal so schnell wie im Durchschnitt. Bei Rußland wirkten sich dabei vor allem die gestiegenen Energiepreise aus. Das Handelsbilanzdefizit hat sich im Ergebnis der starken Importentwicklung in den ersten neun Monaten um 1 Mrd. Euro auf knapp 8 Mrd. Euro vergrößert,

<sup>7</sup> Die günstige Exportentwicklung deutet auf eine verbesserte Wettbewerbsposition aufgrund von Qualitätsmerkmalen hin, hingegen entwickelten sich die Arbeitskosten aufgrund der gestiegenen Lohnstückkosten eher ungünstig. Vgl. WIIW: Wirtschaftswachstum hält in den MOEL an. Wien, Mai 2006.

das entspricht etwa 3% des Bruttoinlandsprodukts. Gegenüber der Europäischen Union konnte der bestehende Überschuß hingegen auf 4,3 Mrd. Euro ausgeweitet werden.

Tabelle 3:  
Außenhandel Polens nach Regionen  
- auf Eurobasis -

	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %			Anteil am Gesamthandel in %		
	2004	2005	I-IX 2006	2004	2005	I-IX 2006
<i>Exporte</i>						
Industrieländer <sup>a</sup>	23,1	17,4	22,6	85,2	83,6	83,4
EU-25	22,7	16,7	23,9	79,1	77,2	77,5
Deutschland	16,5	12,5	19,3	30,0	28,2	27,5
Schwellenländer <sup>b</sup>	41,6	32,1	20,1	6,1	6,4	6,2
Übrige						
MOE-Länder <sup>c</sup>	42,8	32,9	30,2	8,7	10,0	10,4
Rußland	72,0	37,9	15,3	3,8	4,4	4,2
Insgesamt	25,6	19,6	23,2	100	100	100
<i>Importe</i>						
Industrieländer <sup>a</sup>	15,5	9,8	15,6	75,8	73,3	70,2
EU-25	15,7	9,3	15,9	67,9	65,6	62,8
Deutschland	17,0	15,1	16,7	24,2	24,7	23,8
Schwellenländer <sup>b</sup>	31,2	21,3	40,0	14,3	15,1	16,9
China	28,7	34,2	35,6	4,6	5,4	5,8
Übrige						
MOE-Länder <sup>c</sup>	19,3	32,9	40,9	9,9	11,6	12,9
Rußland	11,6	39,7	46,4	7,3	8,9	10,2
Insgesamt	17,9	13,8	22,0	100	100	100

<sup>a</sup> Kanada, USA, europäische Länder außer denen unter Schwellenländer und übrige MOE-Länder aufgelisteten, Australien, Neuseeland, Japan, Südafrika. – <sup>b</sup> Afrika (außer Südafrika), Mittel- und Südamerika, Asien (außer Japan). – <sup>c</sup> Albanien, Bulgarien, Kroatien, Moldavien, Rußland, Rumänien, Ukraine, Weißrußland. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Amt Polen; Berechnungen des IWH.

Das Leistungsbilanzdefizit hat sich gegenüber dem Vorjahr vergrößert und betrug nach sechs Monaten knapp 2,6 Mrd. Euro.<sup>8</sup> Darin schlug sich neben dem größeren Defizit in der Handelsbilanz vor allem die stärkere Passivierung der Einkommensbilanz aufgrund von höheren Gewinntransfers ausländischer Direktinvestoren und Dividendenzahlungen an ausländische Portfolioinvestoren nieder, hingegen die Überweisungen polnischer Arbeitnehmer aus dem Ausland erneut einen Überschuß in der Transferbilanz bewirkten.

<sup>8</sup> Für das Gesamtjahr 2006 dürfte das Leistungsbilanzdefizit mit etwa 5 Mrd. Euro bei 2% des BIP liegen.

### ***Geldpolitik bleibt bei anhaltend niedriger Inflationsrate gelockert***

Zur Jahresmitte 2005 hatte die Polnische Nationalbank (NBP) angesichts der nur verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung ihre Strategie von einer neutralen Geldpolitik wieder hin zu einer stärkeren Lockerung geändert und die Leitzinsen noch über das Zinsniveau hinaus gesenkt, das sie für die Einhaltung des mittelfristigen Inflationsziels von 2,5% +/-1 Prozentpunkt für notwendig erachtete. Zu Beginn dieses Jahres setzte die NBP diese Strategie fort und senkte im Frühjahr erneut zweimal die Leitzinsen; seitdem befinden sie sich auf einem für Polen historisch niedrigen Niveau (Refinanzierungssatz nominal bei 4 Prozent).<sup>9</sup> Die Inflationsrate lag in den ersten zehn Monaten d. J. im Schnitt bei einem Prozent und damit noch unterhalb des Zielkorridors. Auf den äußerst verhaltenen Preisanstieg wirkten sich sowohl niedrige Lebensmittelpreise wie auch sinkende Preise für Textilwaren infolge massiv importierter Billigtextilien aus. Zudem blieb der Einfluß der internationalen Energiepreise auf das nationale Energiepreisniveau gering. Erst im Herbst kam es wieder zu einer leichten Beschleunigung des Preisanstiegs. Die jahresdurchschnittliche Inflationsrate wird dennoch nur bei knapp über einem Prozent liegen.

### ***Wirtschaftspolitik der Regierung bislang ohne klares Konzept***

Die günstige realwirtschaftliche Entwicklung verlief relativ unabhängig von der Politik der Regierung, die ihr Amt vor einem Jahr angetreten ist. Das Regierungsprogramm sowie die spätere Koalitionsvereinbarung<sup>10</sup> enthalten wenig konkrete wirtschaftspolitische Aussagen; keinerlei Erwähnung finden wichtige Politikbereiche wie die Geldpolitik oder der Beitritt zum Euroraum. Wirtschaftspolitisch werden lediglich zum Beschäftigungsaufbau und zur Investitionsförderung steuerliche und andere finanzielle Anreize für Unternehmen genannt sowie einige sozialpolitische Maßnahmen-

pakete,<sup>11</sup> die jedoch allesamt zu Lasten des Haushalts gehen und wenig Rücksichtnahme auf die Erzielung haushaltspolitischer Konvergenz im Vorfeld der Euroeinführung erkennen lassen.

Der EU-Ministerrat kritisierte im Frühjahr in seiner Stellungnahme zum aktualisierten Konvergenzprogramm Polens eine ungenügende Ausrichtung auf die nachhaltige Reduzierung des Budgetdefizits bis 2007 und die Verschiebung der Haushaltsreformen auf die Jahre 2007 und 2008.<sup>12</sup> Berechnet nach der ab nächstem Frühjahr verbindlichen Methode von Eurostat (einschließlich der jährlichen Kosten für die Pensionsreform) würde die Reduzierung des Defizits unter die 3%-Grenze für Polen voraussichtlich erst in das Jahr 2009 fallen. Ganz offensichtlich spielt das aber für die Regierung keine so wichtige Rolle, denn bezüglich der Euroeinführung ließ sie bislang nur verlauten, man wolle „nicht sofort dem Euroraum beitreten“. Mit eben dieser ungenauen Formulierung drückte die regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) schon in ihrem Wahlprogramm die Befürchtung aus, daß eine zügigere Euroübernahme die polnische Wirtschaft einem zu starken Konkurrenzdruck aussetzen würde. Hatte die Vorgängerregierung noch den Beitritt zum Wechselkursmechanismus II als zweijährige Vorstufe zum Euroraum für das Jahr 2007 angestrebt, so nannte das Finanzministerium nunmehr das Jahr 2010, in dem ein Referendum über die Euroeinführung stattfinden solle. Auch der neunköpfige Geldpolitische Rat der Polnischen Nationalbank, das Entscheidungsgremium für die Geldpolitik, hatte sich in der Vergangenheit mehrfach für eine möglichst rasche Einführung des Euro ausgesprochen, da dies für Polen hinsichtlich eines langfristig stabilen Wirtschaftswachstums günstig wäre.<sup>13</sup> Angesichts der konkreten Zeitpläne der übrigen osteuropäischen Beitrittsländer für den Beitritt zum Euroraum wäre eine währungspolitische „Insellösung“ auch nicht ohne Risiken für den Zloty bezüglich spekulativer Attacken.

Dagegen dürfte die von der Regierungspartei erklärte Absicht, die geldpolitischen Kompetenzen zukünftig allein auf den Zentralbankchef zu übertra-

<sup>9</sup> Das Zinsniveau ist gleichwohl im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern noch immer am oberen Rand.

<sup>10</sup> Die aus den Parlamentswahlen 2005 hervorgegangene Minderheitsregierung der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) regiert seit dem Frühjahr dieses Jahres in Koalition mit zwei Splitterparteien, der rechtskonservativen Bauernpartei „Selbstverteidigung“ (SO) und der national-konservativen „Liga der Polnischen Familien“ (LPR).

<sup>11</sup> Genannt sind die Programme „Wachstum durch mehr Beschäftigung“, „Investitionsanreize und -vergünstigungen zur Investitionsförderung“ sowie die steuerpolitische Förderung von Familien und ein staatlich gefördertes Wohnungsbauprogramm.

<sup>12</sup> Vgl. Council Opinion on the updated Convergence Programme of Poland. Brussels, March 2006. DOC 7383/06.

<sup>13</sup> Vgl. National Bank of Poland, Annual Report 2005, Warsaw 2006, S. 26. Auf seiner Sitzung vom 29. November 2006 wiederholte der Rat diese Empfehlung.

gen, eher schwierig zu verwirklichen sein, da die dafür nötige Verfassungsänderung nur mit einer 3/5-Mehrheit im Parlament durchgesetzt werden könnte. Bedeuten würde diese Änderung für die Zentralbank eine Schwächung ihrer Position gegenüber der Regierung, da sie ihre unabhängige Geldpolitik ohne den Geldpolitischen Rat sehr viel schwieriger durchsetzen könnte. Im Endeffekt könnte dies sogar eine Rückkehr zu höheren Inflationsraten bedeuten, falls es künftig schwierig werden sollte, die gebotene Inflationsrate im Euroraum zu erreichen.<sup>14</sup>

### ***Günstige Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung im nächsten Jahr, aber Risiken bleiben***

Die wirtschaftliche Entwicklung hat in diesem Jahr vor allem von der gestiegenen Nachfrage nach Investitionsgütern im Inland und aus dem Ausland profitiert. Im Inland wurde sie auch von einer nochmals weiter gelockerten Geldpolitik stimuliert. Im Ausland hat sich die konjunkturelle Lage weiter aufgehellt. Die Trendwende am Arbeitsmarkt hin zu einem Beschäftigungsaufbau hat sich verfestigt, die Arbeitslosenrate ging im Jahresverlauf weiter zurück.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das laufende und das nächste Jahr sind günstig. Weitere Impulse für eine rege Expansion der Wirtschaftslei-

stung werden vor allem von der Binnenwirtschaft kommen. Das Investitionsklima wird sich weiter verbessern. Der Außenbeitrag dürfte aufgrund der anhaltend starken Importentwicklung in etwa neutral ausfallen. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit 5,2% deutlich kräftiger als im Vorjahr expandieren. Im nächsten Jahr dürfte der Zuwachs ebenfalls hoch ausfallen und um die 5 Prozent liegen.

Dennoch bleiben Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung, die von der politisch instabilen Lage im Land ausgehen und in ihrem Ausmaß schwer zu beziffern sind. Da die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Regierung noch immer unklar sind, wichtige Reformschritte verzögert werden oder ihnen keine Priorität mehr eingeräumt wird, ist auf mittlere Sicht eher damit zu rechnen, daß das Wirtschaftswachstum sein Potential nicht erreichen kann. Damit wird Polen wohl nicht nur der Eurozone erst nach 2010, und damit später als die meisten anderen osteuropäischen Länder, beitreten, sondern es riskiert auch Verzögerungen in bezug auf den wirtschaftlichen Aufholprozeß in der erweiterten Union.

*Martina Kämpfe*  
*Martina.Kaempfe@iwh-halle.de*

## **Schwierigkeiten der Investitionsförderung – Der Fall CargoLifter AG**

In seiner Regierungserklärung vom 24. November 1999 sagte der damalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe:<sup>15</sup> „Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West gehört seit der Wiedervereinigung zu den politischen Hauptforderungen. Dieses Ziel muß ohne Abstriche erreicht werden und hat deshalb höchste Priorität.“ Weiter führte er aus: „Vor allem Hochtechnologien, über die Brandenburg bereits verfügt, wollen wir weiter ansiedeln.“

Vor dem Hintergrund dieser politischen Zielsetzung wurden durch die brandenburgische Landesregierung einige spektakuläre Investitionsvor-

haben gefördert, zu denen auch das Projekt der CargoLifter AG gehört. Dieses Unternehmen eignet sich als besonders aufschlußreiches Fallbeispiel dafür, daß der Staat bei seinen wirtschaftspolitischen Eingriffen an Grenzen stößt.<sup>16</sup>

### ***Ansiedlung der CargoLifter AG in Brandenburg***

Im Jahr 1996 wurde die CargoLifter AG gegründet. Dieses Unternehmen wollte eine Logistikdienstleistung produzieren, deren Hauptmerkmal der Transport großvolumiger und schwerer Güter sein sollte. Als innovatives Kernelement dieser Dienstleistung war der Betrieb eines Luftschiffes geplant.<sup>17</sup> Umständliche und kostenintensive Straßenschwerlasttransporte wären damit umgangen worden. Ex-

<sup>14</sup> Die Ratingagentur Moody's äußerte kürzlich Bedenken, die kritische Haltung der Regierung gegenüber dem unabhängigen Zentralbankrat könne sich negativ auf die Kreditwürdigkeit Polens auswirken. Vgl. Poland's awkward government, in: The Economist, December 2<sup>nd</sup> 2006, S. 32.

<sup>15</sup> STOLPE, M.: Kräfte Bündeln und Chancen für Brandenburg nutzen, Regierungserklärung vom 24. November 1999, <http://www.brandenburg.de/land/stk/reden/1999/1124.htm>, Zugriff am 31.07.2006.

<sup>16</sup> Dieser Beitrag bezieht sich auf eine umfangreiche Analyse zur Förderung der CargoLifter AG. Vgl. TITZE, M.: Probleme einer strategischen Handelspolitik. Eine Untersuchung am Beispiel der CargoLifter AG. Wiesbaden 2005.

<sup>17</sup> Vgl. SCHNEIDER, W.: Erfahrungen aus meinem Einsatz bei CargoLifter, in: Informationen für Gläubiger und Aktionäre 2003, [www.insolnet.de](http://www.insolnet.de), Zugriff am 28.01.2004.